

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur dritten Auflage .....	5
§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren .....	17
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II .....	17
1. Leistungsarten .....	17
2. Hilfebedürftigkeit .....	17
3. Grundsatz des Forderns – Obliegenheiten .....	17
4. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen .....	18
II. Besondere Leistungsgrundsätze .....	23
1. Subsidiarität .....	23
2. Fehlen bereiter Mittel .....	23
3. Beschleunigungsgebot .....	25
4. Antragsrecht des Leistungsträgers .....	25
5. Verhältnis zu anderen Leistungen .....	25
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsträger nach dem SGB II .....	26
7. Besondere Art der Leistungsgewährung .....	26
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I .....	26
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I .....	26
c) Vorläufige Entscheidung nach § 328 SGB III .....	26
d) Vorwegzahlung .....	26
III. Verwaltungsverfahren .....	27
1. Antragsverfahren .....	27
2. Beratungs- und Hinweispflichten – Der sozialrechtliche Leistungsanspruch .....	30
3. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger .....	31
4. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes .....	32
5. Widerspruchsverfahren .....	33
a) Ablauf des Widerspruchsverfahren .....	33
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren .....	36
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren .....	37
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde .....	38
bb) Kostenfestsetzungsentscheidung nach Widerspruchsverfahren .....	39
6. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren .....	39
a) Gebühren Nr. 2302 Nr. 1 VV .....	41
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV .....	43
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegenheiten .....	44
d) Einigungs- und Erledigungsgebühren nach Nr. 1005, 1006 VV ...	45

IV. Beratungshilfe .....	46
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe .....	46
a) Bedürftigkeit .....	46
b) Bedarf für Beratung und Vertretung .....	48
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe .....	49
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe .....	50
a) Mehrere Angelegenheiten .....	50
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft .....	50
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt .....	50
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe .....	51
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe .....	52
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV .....	52
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhlungsgebühr Nr. 1008 VV ...	52
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV .....	53
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe .....	53
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über .....	53
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Klageverfahren .....	55
§ 2 Leistungsberechtigte .....	56
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen .....	56
1. Altersgrenzen .....	56
2. Erwerbsfähigkeit .....	56
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung .....	57
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe .....	57
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit .....	58
6. Hilfebedürftigkeit .....	59
a) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II .....	59
b) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) .....	59
c) Ansprüche auf Grundleistungen nach dem AsylbLG .....	60
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland .....	62
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern .....	62
a) EU- und Nicht-EU-Ausländer .....	62
b) Soziale Rechte anerkannter Flüchtlinge, Asylbewerber usw .....	66
9. Bedarfsgemeinschaft .....	66
a) Haushaltsgemeinschaft, leben in einem gemeinsamen Haushalt ...	67
b) Nichteheliche Lebensgemeinschaft .....	72
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbsfähiger Kinder .....	75
d) Ehegatten und Lebenspartner .....	75

e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft .....	76
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft .....	78
11. Besonderheiten bei einem Anspruch auf Schulbedarf ohne Bedarfsgemeinschaft .....	79
II. Ausschluss von Leistungen .....	81
1. Stationär untergebrachte Personen .....	81
2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung .....	81
3. Bezieher von Rente wegen Alters .....	81
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente .....	81
b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit Leistungsberechtigten .....	82
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maßnahme der beruflichen Bildung .....	84
a) Leistungsausschluss .....	84
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss .....	86
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen .....	86
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden ....	86
cc) Ergänzende Leistungen zu den Kosten der Unterkunft .....	87
dd) Mini-BAföG, Berufsvorbereitung und Auszubildende ohne eigene Wohnung .....	88
ee) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5 .....	89
§ 3 Leistungen nach dem SGB II .....	91
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes .....	91
1. ALG II und Sozialgeld .....	91
2. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei ALG II-Bezug .....	91
a) Krankenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher .....	92
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht .....	93
c) Rentenversicherungspflicht der ALG II-Bezieher .....	94
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung .....	94
e) Beitragszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse .....	96
f) Folgen fehlender Anrechnungszeiten/fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung .....	97
g) Exkurs: Der Zuschuss zur freiwilligen gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Nichtleistungsbezieher .....	98
3. Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes .....	99
a) Ermittlung der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsgesetz (RBEG) .....	99

b)	Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfs- ermittlungsgesetz .....	100
c)	Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers .....	101
aa)	Transparenzgebot .....	101
bb)	Rechtfertigung von Kürzungen, Ausgleichsmöglichkeit .....	101
d)	Verfassungsmäßigkeit der Anpassungsformel .....	103
e)	Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen .....	103
f)	Fragen der Gleichbehandlung .....	104
g)	Verfassungsrechtliche Entwicklung .....	105
4.	Leistungen für Mehrbedarfe .....	106
a)	Leistungen bei Schwangerschaft .....	107
b)	Leistungen für Alleinerziehende .....	107
c)	Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teil- habe erhalten .....	108
d)	Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung .....	109
e)	Mehrbedarf nicht erwerbsfähiger Personen (Nachteilsausgleich für Gehbehinderte) .....	112
f)	Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung .....	112
5.	Sonder- und unabweisbare Bedarfe .....	113
a)	Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger .....	113
b)	Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf .....	115
c)	Atypische Bedarfe .....	117
d)	Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit .....	120
e)	Anspruch auf Bildung und Teilhabe .....	121
aa)	Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten .....	121
bb)	Ausstattung mit Schulbedarf .....	122
cc)	Lernförderung, Nachhilfeunterricht .....	122
dd)	Anspruch auf Erstattung der Mehraufwendungen für Schul- verpflegung .....	124
ee)	Anspruch auf Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres .....	124
6.	Leistungen für Unterkunft und Heizung .....	125
a)	Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft .....	126
b)	Angemessene Heizkosten .....	134
c)	Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung .....	135
d)	Kostensenkungsobliegenheit, Kostensenkungsaufforderung .....	136
aa)	Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen .....	138
bb)	Unzumutbarkeit der Kostensenkung .....	138
e)	Ausgleichsanspruch – Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasser- versorgung .....	139
f)	Nachzahlungen und Nachforderungen von Mietnebenkosten .....	139

g) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenheimen .....	140
h) Aufteilung der Unterkunftskosten .....	143
i) Leistungen bei Umzug .....	143
j) Übernahme von Mietschulden .....	147
k) Zuschuss zu den Wohnkosten nach § 27 Abs. 3 bei Empfängern von Berufsausbildungsbeihilfen uÄ .....	148
l) Regelung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung durch Satzung .....	150
7. Leistungserbringung als Darlehen .....	153
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit .....	155
1. Persönlicher Ansprechpartner .....	155
2. Eingliederungsvereinbarung .....	155
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen .....	157
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/„Ein-Euro-Job“ .....	157
§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen .....	163
I. Anrechnung von Einkommen .....	163
1. Unterschied Einkommen – Vermögen .....	163
2. Laufende und einmalige Einnahmen .....	164
II. Ausnahmen von der Anrechnung .....	165
1. Einnahmen nach dem SGB II .....	165
2. Grundrenten .....	166
3. Schmerzensgeld .....	166
4. Zweckbestimmte Einnahmen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften .....	166
5. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 ALG II-V/Sozialgeldverordnung .....	170
6. Elterngeld .....	171
III. Anrechnung von Einkommen .....	171
1. Steuern auf das Einkommen .....	171
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung .....	172
3. Beiträge zu privaten Versicherungen .....	173
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen .....	173
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemessen sind .....	174
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterrente“ ....	177
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten .....	178
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag iHv 100 EUR .....	180
aa) Grundfreibetrag .....	180
bb) Freibeträge für Erwerbstätige .....	181
f) Abzug von laufenden Unterhaltszahlungen .....	185

g) Kinderfreibetrag für Empfänger von BAföG oder BAB-Leistungen .....	185
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen .....	186
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld .....	192
1. Kinderzuschlag .....	192
2. Anspruch auf Wohngeld .....	194
V. Anrechnung von Vermögen .....	195
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände .....	195
2. Vertragliche Verwertungshindernisse .....	195
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse .....	196
a) „Rürup“ – Basisrente .....	196
b) Versicherung zur Alterssicherung .....	196
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse .....	196
4. Abzusetzendes Vermögen .....	197
a) Grundfreibetrag .....	197
b) Grundfreibetrag Minderjähriger .....	198
c) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten .....	198
d) Gefördertes Altersvorsorgevermögen .....	199
e) Besondere Altersvorsorge Basisrente .....	199
f) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen .....	201
g) Ansparfreibetrag .....	201
5. Nicht zu berücksichtigendes Vermögen .....	202
a) Angemessener Hausrat .....	202
b) Angemessenes Kraftfahrzeug .....	202
c) Angemessene Altersversorgung .....	203
d) Selbst genutztes Hausgrundstück .....	206
e) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen .....	207
f) Allgemeine Härterege lung .....	207
6. Umschichtung von Vermögenswerten .....	209
§ 5 Sanktionen .....	213
I. Gemeinsame Voraussetzungen von Sanktionen .....	213
1. Anforderungen an eine Rechtsfolgenbelehrung .....	213
2. Sanktion ohne Rechtsfolgenbelehrung .....	215
3. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Verstoß und Sanktion .....	216
4. Subjektiv zurechenbarer Pflichtverstoß .....	216
5. Verhältnis von Einkommen, Sanktion und Schadenersatz .....	216
6. Keine Sanktion bei wichtigem Grund für das Fehlverhalten .....	221
II. Einzelne Sanktionstatbestände .....	222
1. Nichterfüllung der Pflichten in der Eingliederungsvereinbarung .....	222
2. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit .....	223

3. Ablehnung einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit oder einer geförder- ten Arbeit (§ 16 c SGB II) .....	224
4. Nichtantritt und Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen .....	224
5. Sanktion bei „Quasi-Sperrzeit“ .....	225
6. Sanktion bei Sperrzeit .....	225
7. Sanktion bei Vermögensminderung und unwirtschaftlichem Verhal- ten .....	226
8. Sanktion bei Meldeversäumnis .....	227
<b>§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter .....</b>	<b>231</b>
<b>I. Rückforderung von Leistungen .....</b>	<b>231</b>
1. Aufhebung von Verwaltungsakten .....	231
a) Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsak- ten nach § 45 SGB X .....	232
b) Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X .....	237
c) Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X .....	237
2. Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen .....	240
3. Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II .....	241
a) Reduzierter Rückforderungsbetrag bei Aufhebung nach § 45 Abs. 1 S. 1 und § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 und 4 SGB X .....	241
b) Rückforderung von Leistungen für den Schul- und Teilhabebe- darf (§ 28) .....	241
c) Aufrechnung bei Unredlichkeit .....	241
4. Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X .....	243
5. Verhältnis der Rückforderung zu Erstattungsansprüchen der Lei- stungsträger .....	243
a) Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen .....	243
b) Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhen eines anderen Sozialleistungsanspruchs .....	244
c) Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers .....	245
d) Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhe- bung von Verwaltungsakten .....	246
<b>II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger .....</b>	<b>247</b>
1. Übergang von Ansprüchen des Leistungsberechtigten .....	247
a) Allgemeine Regelungen .....	247
b) Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche .....	249
c) Geltendmachung des Anspruchs durch den Leistungsträger .....	250
2. Einzelne Ansprüche .....	251
3. Ansprüche gegen Rechtsnachfolger .....	253
4. Schadenersatzansprüche gegen den Leistungsberechtigten .....	254
a) Schadenersatz bei sozialwidrigem Verhalten .....	254
b) Schadenersatz bei Abbruch von Bildungsmaßnahmen .....	254

§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten .....	256
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht .....	256
1. Rechtsweg .....	256
2. Örtliche Zuständigkeit .....	256
3. Klagearten .....	256
a) Anfechtungsklage .....	256
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage .....	257
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage .....	257
d) Untätigkeitsklage .....	258
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag .....	259
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung .....	259
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum .....	260
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift .....	261
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens .....	263
a) Korrektur der Klageschrift .....	263
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden .....	263
9. Klagerücknahmefiktion .....	265
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung .....	267
a) Amtsermittlung .....	267
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung .....	267
c) Beendigung des Verfahrens .....	268
aa) Klagerücknahme .....	268
bb) Anerkenntnis .....	268
cc) Angenommenes Anerkenntnis .....	269
dd) Teilanerkenntnis .....	269
ee) Urteil – Gerichtsbescheid .....	271
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil .....	272
gg) Inhalt des Urteils .....	273
II. Kosten des Klageverfahrens .....	274
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung) .....	274
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG .....	274
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten .....	274
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren) .....	275
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten .....	276
b) Anhörungsrüge .....	276
c) Verfassungsbeschwerde .....	276
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren .....	277
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 .....	277
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV .....	281



IV. Prozesskostenhilfe .....	283
1. Erfolgsaussichten .....	284
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig .....	284
3. Bagatellrechtsprechung .....	284
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfesuchs .....	285
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe .....	286
6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe .....	287
7. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung ....	288
8. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Prozesskostenhilfe .....	288
9. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden Prozesskostenhilfebeschluss .....	289
10. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse .....	290
11. Gebühren im Prozesskostenhilfeantragsverfahren .....	290
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten .....	291
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen .....	291
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den Leistungsträger .....	292
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen .....	293
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis .....	294
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen .....	294
a) Anordnungsanspruch .....	295
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile .....	296
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich .....	298
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft .....	298
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschutzes .....	299
4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einstweiligen Rechtsschutz .....	299
5. Dauer der Leistungsgewährung .....	301
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache) .....	301
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren .....	302
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren .....	302
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren ....	305
VI. Berufungsverfahren .....	305
1. Zulassung der Berufung .....	306
a) Grundsätzliche Bedeutung .....	307
b) Divergenz .....	307
c) Verfahrensmangel .....	308
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht .....	308
VII. Revision und Sprungrevision .....	309

VIII. Kontrolle von Satzungen über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft und Heizung .....	311
Anhang .....	314
I. Muster: Isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe .....	314
II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht .....	316
III. Muster: Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG .....	317
IV. Muster: Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz .....	320
V. Muster: Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid .....	323
VI. Muster: Anfechtungs- und Leistungsklage .....	324
VII. Muster: Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“ .....	327
VIII. Muster: Atypischer Bedarf, Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid .....	329
Stichwortverzeichnis .....	333